

**2** Termine  
Demos, Veranstaltungen ...

**3** G8 2007  
Einschätzungen zum Gipfel

**4** Abschiebesystem BRD  
Neue Untaten

**4** Antifaschismus  
NS-Verherrlichung-stoppen

## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser, hinter uns liegt ein ereignisreicher Sommer: im Mai Terror-Razzien gegen mutmaßliche Buchautoren, mit dem erklärten Ziel „auf den Busch zu klopfen“. Im Juni die erfolgreiche Behinderung des G8-Gipfels durch vielfältigen Protest, gefolgt von noch mehr Terror-Razzien. Im Juli Vorführungen von Flüchtlingen zu sogenannten „Sammelanörungen“, die Festnahme von vier Antimilitaristen wegen angeblicher Mitgliedschaft in der „militanten Gruppe“ und schon wieder Terror-Razzien. Im August die bundesweite Behinderung der neonazistischen Veranstaltungen zum Selbstmord von Rudolf Hess.

Zu all dem haben wir auf den nächsten Seiten etwas zu sagen. Um euch zukünftig auch mit aktuellen Einschätzungen und Infos zu versorgen, haben wir dieses unregelmäßig erscheinende Extrablatt ins Leben gerufen. Die nächste reguläre arranca! wird im Oktober erscheinen (siehe Ankündigung unten).

Wir sehen uns auf der Straße: Zum Beispiel am 22. September zum Mayday-Block bei der „Freiheit statt Angst“-Demo. Mehr Termine findet ihr auf Seite 2.

Die Redaktion

## Solidarität organisieren. § 129a abschaffen.

**Am 31. Juli 2007 wurden Axel, Florian, Oliver und Andrej festgenommen. Dass nicht gleich geschossen wurde, war dann schon fast verwunderlich.**

Hatte doch unlängst Innenminister Schäuble angemahnt, dass die gezielte Tötung von Verdächtigen rechtlich noch ungeklärt sei. Glück gehabt, könnte man also meinen, wurden doch in den letzten Jahren die Gesetze meist nur noch der realen Praxis der Staatsgewalt von Polizei und Militär angepasst. Aber das jüngste § 129a-Verfahren zeigt uns, wohin die Reise gehen wird, wenn die radikale Linke nicht endlich beginnt, mit bestimmten Formen der Selbstisolierung zu brechen, und moderate Kräfte gleichzeitig begreifen, dass ihr ewiges Lamento der Gewalt-Distanzierung auch keine Lösung, sondern ein Teil des Problems ist.

Den Gefangenen und drei weiteren Beschuldigten wird „Mitglied-



schaft in einer terroristischen Vereinigung“ (§ 129a StGB) vorgeworfen. Die sieben sollen laut Bundesanwaltschaft in der „terroristischen Vereinigung“ - „militante Gruppe“ („mg“) - aktiv sein.

Axel, Florian und Oliver wurden in der Nacht zum 31. Juli erst observiert und dann verhaftet, nachdem sie versucht haben sollen, vier Fahrzeuge der Bundeswehr auf dem Gelände der Firma

MAN in Brandenburg/Havel in Brand zu setzen. Ihre Festnahmen markieren das Ende einer gut gemeinten antimilitaristischen Aktion.

» Fortsetzung auf Seite 2

## Wir



Für eine linke Strömung (FeS) ist eine Berliner Gruppe, die sich seit 1991 um die Weiterentwicklung linksradikaler Politik bemüht. Wir arbeiten in verschiedenen themenbezogenen Arbeitsgruppen: kontinuierlich bestehen die Themen-AGs Antifa, Internationale Solidarität, Soziale Kämpfe. Eine vierte AG gibt etwa dreimal im Jahr die Zeitschrift arranca! heraus. FeS beteiligt sich regelmäßig an regionalen und überregionalen Bündnissen, zum Beispiel am Block-G8-Bündnis, an der Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen“, am Mayday-Bündnis und an der Kampagne gegen Lager. Außerdem sind wir Teil der Interventionistischen Linken, eines bundesweiten antikapitalistischen Netzwerks.

Wir sind eine offene Gruppe und freuen uns über neue Leute.

fels@nadir.org  
www.fels-berlin.de

FeS c/o Schwarze Risse  
Gneisenaustr. 2a  
10961 Berlin

## Sie nennen es Sicherheit. Wir nennen es Stasi 2.0

Das Mayday-Bündnis lädt ein zum Mayday-Block am 22.09.

**Sicherheitsgesetze, innere Sicherheit, Bundes-Trojaner, heimliche Online-Durchsuchung, Vorratsdatenspeicherung, Antiterrorparagraf 129a, Polizeigesetzverschärfung... Die Liste kann beliebig fortgeführt werden und alle machen mit: von der Linkspartei bis zur CDU. Wer oder was ist da noch sicher?!**

### Wessen Sicherheit?

Eins ist sicher bei dem Generalangriff auf elementare individuelle und politische Rechte: er nützt denen, die den Staat in einen autoritären und präventiven Sicherheitsstaat umwandeln wollen. Auf dem Weg zum gläsernen Menschen wird fleißig all das bekämpft, was die herrschaftliche Vorstellung von Demokratie und Markt in Frage stellt. Gefährlich ist so alles, was sich der staatlichen Obhut entzieht. Dem Sammelwahn des Staates scheinen keine Grenzen gesetzt, wie das geplante Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung (sechsmonatige Speicherung von fast allen Telekommunikationsdaten) zeigt. Nicht nur der Staat hört mit. Fast alle Unternehmen speichern die persönlichen Daten ihrer Kunden. Doch, was als Komfort verkauft wird, macht unser Leben durchsichtig und potentiell einsehbar: Wer telefoniert mit wem? Wer hat sich wo bewegt? Und in welchem Raum Strom verbraucht? Wir fragen uns: Wer braucht all diese Informationen und gegen wen sollen sie verwandt werden? Die Liste der angeblichen und realen Bedrohungen ist lang und breit, aber – uns egal. Wir legen keinen Wert auf diese Sicherheit, die lediglich heißt,



noch mehr überwacht, protokolliert und abgehört zu werden. Wir nennen das Stasi 2.0, wenn jeder, der versucht sich dem Überwachungssystem zu entziehen, zumindest verdächtig und in manchen Fällen terroristisch ist.

### Sicher nicht schlecht - globale soziale Rechte

Fast nie meinen Politikerinnen und Politiker mit Sicherheit einen gesellschaftlichen Zustand, der es allen Menschen ermöglicht ein gutes Leben zu führen. Sicher ist vielen nur die tagtägliche Gewissheit unter prekären Verhältnissen leben zu müssen. Unsere Sicherheit hat

eine andere Logik! Sicherheit bedeutet ein bedingungsloses Existenzgeld für alle und Bleiberecht für alle, die hier leben wollen. Sicherheit bedeutet ökonomische Unabhängigkeit, bedeutet Bewegungsfreiheit, bedeutet das Recht auf gute gesundheitliche Versorgung. Also: Globale soziale Rechte - ein gutes Leben - für alle!

### Woher nehmen, wenn nicht stehlen?

Klar ist, all das bekommen wir nicht geschenkt. Dennoch gilt es gerade jetzt die Einschränkung der Freiheit für jede und jeden von uns gemeinsam abzuwehren

und politische, soziale und individuelle Handlungsspielräume zu erhalten. Wir wollen keinen Überwachungsstaat à la Stasi 2.0. Wir wollen uns überall und auch im Internet frei bewegen können. Wir wollen die Sicherheit für jedeN, damit mensch morgen noch ein würdiges Leben führen kann. Deswegen lasst uns für das kämpfen, was uns zusteht und kommt zahlreich zur Demo! In diesem Sinne: Alles für alle – und zwar umsonst!

**Macht mit beim Mayday-Block auf der Anti-Sicherheitsdemo am 22. 09. ab 14.30 am Pariser Platz.**

## coming: arranca! #37

ab Anfang Oktober mit Schwerpunkt:  
**Rausch und Religion**

Themen:

**Glücklich werden**

Prozac, Kokain & der Tanz der Sufis

**Islamophobie**

Öffentliche Standpunkte & Gefährdete Standorte

**G8 & Gegenöffentlichkeit**

erleben | mitteilen | austauschen

# Termine



**15.09.**

Bundeswehr raus aus Afghanistan!  
Bundesweite Demo

**12:00 Alexanderplatz**

**22.09.**

Freiheit statt Angst!  
Demo gegen den Überwachungswahn, mit  
Mayday-Block

**14:30 Uhr Pariser Platz**

**23.09.**

Erstes Vorbereitungstreffen für einen sprektren-  
übergreifenden Strategiekongress

**14:00 „New Yorck“, Bethanien**

**26.09.**

Globale soziale Rechte und Aneignungspraxen.  
Bewegungsdiskurs mit W. Rätz

**19:00 rls, Franz-Mehring-Platz 1**

**04.10.**

Kiezkundgebung gegen Stadtumstrukturierung  
und Sozialabbau. Organisiert vom Mayday-  
Bündnis

**17:00 Rathaus Friedrichshain  
(Frankfurter Allee 35-37)**

**18.10. - 21.10.**

Sozialforum in Deutschland  
Cottbus

**24.10.**

Globale soziale Rechte – globale politische  
Rechte.

Bewegungsdiskurs mit A. Demirovic

**19 Uhr rls, Franz-Mehring-Platz 1**

**27./28.10.**

NPD-Bundesparteitag verhindern.

**Vermutlich in Sachsen**

**ab Ende Oktober**

Mayday Veranstaltungsreihe einmal im Monat.

**check.berlin.euromayday.org**

**05.11.**

Nazis blockieren ist unser Recht!  
Prozess gegen AntifaschistInnen wegen der  
Blockade des letztjährigen Naziaufmarschs in  
Halbe.

**09:00 Amtsgericht Zehdenick,  
Friedrich-Ebert-Platz 9**

**07.11.**

NGOs als Akteure für globale soziale Rechte.  
Bewegungsdiskurs mit Th. Gebauer

**19:00 rls, Franz-Mehring-Platz 1**

**09.11.**

Kein Vergessen – kein Vergeben.  
Gedenkdemonstration zur Reichspogromnacht.  
**In Moabit, achtet auf Ankündi-  
gungen**

**18.11.**

Gegen das Heldengedenken in Halbe.  
Naziaufmarsch verhindern  
**Halbe**

# Solidarität organisieren. § 129a abschaffen.

[Fortsetzung von Seite 1]

Gleichzeitig stellen die Verhaftungen auch einen Generalangriff auf militante linke Politik dar, indem sie für die jahrelange Jagd auf die „mg“ herhalten müssen. Kurz nach den Festnahmen, am Morgen des 31. Juli, wurden die Wohnungen und teilweise Arbeitsplätze von Andrej und drei weiteren Beschuldigten, gegen die kein Haftbefehl vorliegt, durchsucht. Allen vier wird „intellektuelle Täterschaft“ zur Last gelegt. Diese begründen die Ermittlungsbehörden damit, dass Bibliotheken benutzt und bestimmte Begriffe wie „Gentrifizierung“ in Texten verwendet wurden. Zudem hätten sich die vier zu Schulden kommen lassen, im Studium oder der Promotion die intellektuellen Fähigkeiten angeeignet zu haben, „die vergleichsweise anspruchsvollen“ Texte der „mg“ zu verfassen. Die einzige Verbindung, die es zwischen Axel, Florian und Oliver und jenen vier Personen gibt, sind zwei angeblich konspirative Treffen zwischen Florian und Andrej.

Wie bei den § 129a-Verfahren vom 9. Mai geht der Staatsschutz also von einer Arbeitsteilung von Kopf und Hand aus, bei der die einen Anschläge verüben während andere Urheber der Planungen und der Verlautbarungen sind.

Der § 129a hat eine ganz eigene Logik: Mit ihm ist es möglich, ohne einen konkreten Tatnachweis Menschen hinter Schloss und Riegel zu bringen - und das für lange Zeit. Unterstellungen und konstruierte Indizienketten als Ausgangspunkt sind ständige Begleiterinnen von § 129a-Verfahren. So musste sich Ende der 1980er Jahre die Journalistin Ingrid Strobl vorwerfen lassen, sie gehöre den Revolutionären Zellen (RZ) an, weil sie einen Wecker gekauft hatte. Denn, so der Zirkelschluss der Generalbundesanwaltschaft, die RZ sei so verantwortungsvoll, dass sie nur Mitgliedern zumute, Material für Anschläge zu beschaffen. Und so wurde Ingrid Strobl zur RZ-Militantin, obwohl nie auch nur ein Beweis dafür vorlag, dass sie wusste, was mit dem von ihr gekauften Wecker passierte. Eine ähnlich absurde Konstruktion stellt das aktuelle Verfahren dar. Deshalb ist vor allem klar: Der § 129a muss weg!

Die andauernde Verschiebung dessen, was als legitim (im Gegensatz zu legal) erachtet wird, hängt natürlich auch mit dem Anti-Terrordiskurs seit dem 11. September 2001 zusammen. Der Staat verändert ständig die Vorstellung dessen, was staatsgefährdend oder terroristisch ist und konstruiert im zweiten Schritt fleißig Terrornetzwerke. Deren diffuser und unübersichtlicher Strukturen wiederum, so die Argumentation, muss sich der Staat ebenso wie seine Überwachungs- und Verfolgungstechnik immer wieder neu anpassen. Dies ist auch ein Grund für die geplante Erweiterung des § 129. Die Wahnvorstellung, alles und alle überwachen und kontrollieren zu können, findet gerade seinen Ausdruck darin, dass falls der Staatsschutz etwas nicht mitkommt, dies gleich als konspirativ, ergo subversiv und schlussfolgernd wahrscheinlich staatsgefährdend sein muss. Hier wirkt eines der wahnwitzigen Funktionsprinzipien des Staates, das einen unserer Genossen in den Knast gebracht hat. Dabei darf nicht allein bzw. unkritisch - wie in den letzten Monaten oft zu hören ist - auf eine ominöse Privatsphäre, die es zu schützen und zu bewahren gilt, verwiesen werden. Der zunehmende Kontroll- und Überwachungswahn sollte für eine Linke vor allem deshalb Gegenstand von Kritik sein, weil er zunehmend die Rechte und Möglichkeiten politischer und sozialer Assoziation und Organisierung untergräbt. Nach der Logik des gegenwärtigen präventiven Sicherheitswahns darf im Kern nur der Staat Politik machen und die ihm wohl gesonnen Parteien und auf ihn fixierten Interessensvertretungen.

Dieses Prinzip zeigt sich vor allem daran, dass der präventive Charakter des Sicherheitsstaats in den Vordergrund rückt und immer weitere Straftaten - so genannte Vorfeldhandlungen - konstruiert werden, die nichts mit strafbaren Handlungen im engeren Sinn gemein haben. So soll zum Beispiel mit der Ausweitung des § 129 (auf Absatz c und d) das Herunterladen von Bastelanleitungen für Sprengsätze oder das Sammeln von „nicht unerheblichen Vermögenswerten“ bereits unter Strafe gestellt werden (Die Welt, 09.05.2007).

Dass in den letzten Jahren derart viele § 129a-Verfahren ohne spürbare öffentliche Empörung oder gar Widerstand möglich waren - die spontanen Reaktionen nach den Razzien am 9. Mai waren angesichts des bevorstehenden G8-Gipfels offensichtlich eine Ausnahme - ist auch eine Konsequenz unserer eigenen Politik: Dass die Ermittlungsbehörden Staatsfeinde ausmachen und gegen jegliche rechtsstaatlichen Spielregeln wegsperren können, ist auch das Resultat einer politischen Ausrichtung, die Kapitalismus- und Staatskritik, Radikalität und antagonistische Politik mit Selbstisolierung verwechselt. Statt zu versuchen, mit der eigenen Politik in die Gesellschaft zu intervenieren, feiern sich viele Linke als kleinste radikale Minderheit.

Das Vorgehen der Ermittlungsbehörden ist somit ein Ergebnis von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Mit derartigen Verfahren sollen sie zu unseren Ungunsten verschoben werden. Denn wie der Blick in die Geschichte zeigt, trifft der Paragraph 129a vor allem linke Strukturen und Zusammenhänge, die mit Hilfe dieser Sondergesetzgebung sehr einfach ausspioniert, eingeschüchtert und isoliert werden können. Nicht zuletzt daher würde es der radikalen Linken durchaus zugute kommen, wenn die Masse an Verfahren, VS-Ansprachen und Beobachtungen der letzten Zeit - erinnert sei an die Spitzel im Berliner Sozialforum - nicht als Ausdruck von Stärke, sondern einerseits als Schwäche der Linken und andererseits als Verdrängung bürgerrechtlicher Standards und linksliberaler Positionen aus der politischen Debatte und Öffentlichkeit gedeutet werden würde. Die Repression und Verfolgung der letzten Monate und Jahre ist auch Resultat der Isolierung der Linken sowie von herrschaftskritischen und emanzipatorischen Positionen - eines zunehmend verengten Rahmen des Sag- und Denkbaren. Dies muss als Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Konstellation verstanden werden, deren Ursache auch im sektiererischen Charakter linksradikaler Politik begründet ist - einer Politik, die sich mit sich selbst und ihren Ritualen und Gewissheiten begnügt und gleichzeitig auch nicht willens ist, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse insgesamt nach links zu verschieben.

Ein Ausdruck dieser Politik ist auch eine militante Praxis à la „mg“. Auch die „mg“ muss sich durchaus scharfe, aber solidarische Kritik gefallen lassen. Denn eine kritiklose Akzeptanz ihrer Politik verhindert eine linke Diskussion über Strategien und Mittel ebenso wie die allgemeine Forderung, „der Gewalt“ abzuschwören. Doch dazu gleich. Die Politik der „mg“ geht nicht von den real existierenden Kräfteverhältnissen aus. Die Folgen dieser Fehleinschätzung sind für eine radikale linke Politik nicht gerade von Vorteil - im Gegenteil.

Die militanten Aktionen waren trotz thematischem Bezug zu realen Kämpfen nie Ausdruck einer realen sozialen Bewegung und damit auch kaum vermittelbar. Die „mg“ verfolgt genau die Form selbstbezogener Politik, die die radikale Linke isoliert hat. Das Beispiel des Anschlags auf das Finanzamt Berlin-Neukölln in der Neujahrsnacht 2002/2003 zeigt dies deutlich: Nachdem der Anschlag im Feuerwerk und den 500 Bränden in jener Nacht medial unterging, zog die „mg“ daraus in einer Erklärung (25.02.2003) die Konsequenz, dass klandestine Medien erhalten und ausgebaut werden müssten, um den Informationsfluss zu garantieren.

Die Vermittlung und Vermittelbarkeit der eigenen politischen Aktionen zielt so nur auf die radikale Linke. Manche Anschläge sind überhaupt nicht vermittelbar. So zum Beispiel der Anschlag auf das Polizeipräsidium in Tempelhof im April 2006, während der Beredigung eines Polizisten, der im alltäglichen Einsatz erschossen wurde. Diese Form militanter Politik verändert an den herrschenden Kräfteverhältnissen wenig und trägt noch weniger dazu bei, dass sich Menschen zu organisieren beginnen und anfangen sich kollektiv zu wehren.

Trotz allem muss die Kritik an militanter Politik solidarisch und konkret bleiben. Denn auch eine allgemeine Abgrenzungswut durch das linke Distanzierungskartell, der Leute, die z.B. ohne jede Trennschärfe Sachbeschädigung als Gewalt verurteilen, ist an der gegen-

wärtigen Lage nicht unbeteiligt. Wer meint, sich ganz allgemein von Gewalt oder militanter Politik distanzieren zu müssen, der/die stützt einen Diskurs, der die Hau-drauf-Politik des Staatsapparats trägt.

Distanzierung schließt somit bestimmte Formen der Praxis endgültig aus, macht sie indiskutabel, entzieht sie der politischen Auseinandersetzung und legt somit eine Grundlage für staatliche Repression. Sie ermöglicht die Identifizierung derjenigen, die sich nicht unterwerfen wollen.

Aus einem Streit über angemessene und legitime Formen des Widerstands und Protests, Ziele und Möglichkeiten linker Politik, wird so inkriminierbare Gesinnung. Was sich allgemein als Distanzierung von jeglicher Gewalt äußert, ließ sich zuletzt am Distanzierungsdrang während des Gipfels in Heiligendamm erkennen. Von pauschalen Distanzierungen, Übernahme der Polizeipropaganda bis hin zur geforderten Auslieferung von „Straftätern“ war vieles im Stimmengewirr der Entsolidarisierung zu vernehmen. Von manchen wurden da Genossen als „Fremdkörper“ (taz) bezeichnet und ein Peter Wahl macht mit seinem „Wir wollen euch nicht mehr sehen!“ den Trennungsstrich und die Aufkündigung von Solidarität mehr als deutlich.

Distanzierungen von Gewalt einzuklagen, ist im Endeffekt nichts anderes, als die politischen Akteure auf den Staat und seine Logik einzuschwören. Dieser Logik sollten wir uns entziehen.

Einer der zentralen Momente des gegenwärtig immer stärker sich herausbildenden präventiven Sicherheitsstaats ist der allgemeine Verdacht gegen alle, die nicht Ja und Amen sagen. Dabei greift die Strategie von Angst und realer Verfolgung ineinander. Eine verallgemeinerte Politik der Verunsicherung funktioniert nur dann, wenn der Staat auch ernst macht, wenn er Personen mit § 129a-Verfahren überzieht und wegsperret. Wer hat sich in Berlin nach dem 31. Juli nicht überlegt, wen der Beschuldigten er/sie kennt und wann und unter welchen Umständen ein letztes Treffen stattfand. Aus der „Kontaktschuld“ wird so schnell eine „Berührungsfurcht“ (Peter Brückner), die weit reichende politische Folgen hat. Das Ergebnis ist ein umfassendes System der Isolierung.

Soll ich noch auf diese oder jene Demo gehen, wenn dort die Polizei wieder in großen Maßstab filmt? Soll ich wirklich mit meiner politischen Initiative eine Solidaritätsadresse schreiben? Welche Kneipen sollte ich lieber nicht regelmäßig aufsuchen? Kann ich bei Google überhaupt mal „militante gruppe“ eingeben, um mich zu informieren, was die so schreiben? Eines ist dabei klar: Ohne offene Gewalt und Repression ist diese Form der Politik der Angst unwirksam und nutzlos. Aber die ständig neuen Verfahren sind nicht einzig und allein als Form der Kriminalisierung zu interpretieren, sind dienen auch der Stigmatisierung von radikalen Linken generell. Einer Stigmatisierung, der offensiv begegnet werden muss - durch solidarischen Umgang und einer selbstbewussten Politik, die sich nicht einschüchtern lässt. Unsere Solidarität gilt deshalb allen Gefangenen vom 31. Juli 2007!

Doch Solidaritätsarbeit darf nicht zur Selbstbestätigung der eigenen „antagonistischen“ Politik werden. Mit der auch von Teilen der radikalen Linken forcierten Isolierung muss jetzt gebrochen werden. Vielmehr gilt es, in den kommenden Wochen und den folgenden Monaten deutlich zu machen, dass das aktuelle, wie auch die anderen § 129a-Verfahren ein zentrales Moment des präventiven Sicherheitsstaats und der forcierten Politik der Angst sind. Nicht erst die Vorratsdatenspeicherung stellen einen Dammbbruch dar, sondern alle Formen der Verfolgungspolitik im Rahmen des § 129a. Unser Ziel muss es sein, jeglichen staatlichen Einschüchterungsmaßnahmen solidarisch und gemeinsam entgegenzutreten.

In diesem Sinne:

*Freiheit für Oliver, Florian, Axel und Andrej!*

*Solidarität mit den Gefangenen und Beschuldigten vom 31. Juli 2007 organisieren!*

*Abschaffung von Paragraph 129a ff.!*

*Für eine linke Strömung!*

## Impressum

Herausgeberin und V.i.S.d.P.:  
S. Schmidt  
Gneisenaustr. 2a  
10961 Berlin

# Wälder, Wiesen und wünschenswerte Widerstandswirkungen



## Einschätzungen der Gruppe FeLS zu den Protesten gegen den G8-Gipfel

### „G8 2007 - Heiligendamm blockiert!“

So lautet die Aufschrift eines T-Shirts der Block G8-Kampagne im Zuge derer Anfang Juni diesen Jahres Zehntausende rund um Heiligendamm die Zufahrtsstraßen des G8-Gipfels blockierten. Polit-T-Shirts kann man gut finden oder nicht und wie immer wird die Meinung über die Message wohl nicht zuletzt durch das Ereignis geprägt. In dem Fall handelt es sich um eine eindeutige Einschätzung der Protest-Ereignisse: „Wir haben gewonnen!“ wollen die T-Shirts sagen und es stellt sich die Frage, ob das überhaupt stimmt und was nach den Protesten im Juni für die Zukunft noch bleibt. Für die Gruppe FeLS weisen die Massenblockaden gegen den G8-Gipfel in eine ähnliche Richtung wie die Berlin-Umsonst-Kampagne für ein kostenloses gutes Leben ([www.berlin-umsonst.tk](http://www.berlin-umsonst.tk)) und die Mayday-Paraden gegen Prekarisierung ([berlin.euromayday.org](http://berlin.euromayday.org)). Sie machen deutlich, dass das Experimentieren mit unterschiedlichen Formen von Protest und linker Politik nötig ist – und wie im Fall der Blockaden – erfolgreich sein kann.

In Heiligendamm wurden nicht nur die unterschiedlichen Potentiale globalisierungskritischen Protests und ihrer Widerstandspraxen gebündelt sichtbar, sondern auch die Debatte um das Verbinden grundsätzlicher Kritik an den bestehenden Verhältnissen mit widerständigen und kollektiven Ausdrucksformen hat wieder Aufwind bekommen.

### Ein Block im Kornfeld

„Block G8 – Zufahrtsstraßen dichtgemacht!“ und „So sehen SiegerInnen aus – schalalala“ riefen Tausende auf der Abschlussdemonstration durch Bad Doberan am letzten Tag des Gipfels und feierten so, dass sie dauerhaft und effektiv den Gipfel seiner Landwege und Infrastrukturzufuhr beraubt hatten und damit die praktische Delegitimierung des Treffens deutlich gemacht hatten. Warum ein paar Tage zuvor fast niemand mit einem solchen Ende der Proteste gerechnet hatte, zeigt ein kurzer Rückblick:

Nach einem guten Start der Protestwoche wurde das Bild zunächst durch das brutale Vorgehen der Polizei am Ort der Abschlusskundgebung und das fehlende solidarische Vorgehen nach der Großdemonstration am 2. Juni in Rostock getrübt. Die von der Polizeiführung und Politik geschürte Medienhetze nach der Großdemo sorgte auf der Demonstration für globale Bewegungsfreiheit am Montag im Zusammenspiel mit den fortwährenden Provokationen der Polizei gegenüber den 10 000 DemonstrantInnen dafür, dass die Demo noch weit vor ihrem Ziel, dem Stadthafen, abgebrochen werden musste. Am nächsten Tag wurden jegliche Aktionen gegen die Anreise von Georg Bush am Vortag des Gipfelbeginns unterbunden. Während die Stimmung auf den Camps in Wichmannsdorf, Reddelich und Rostock von diversen Höhen und Tiefen geprägt war, führten die TrainerInnen von Block G8 wie geplant zahlreiche Aktionstrainings durch. Es übten in diesen Tagen geschätzte 2500 Menschen den Ernstfall: angefangen beim Bilden von Bezugsgruppen, über das geschickte Überwinden von Polizeiketten mithilfe der 5-Fingertaktik bis hin zu effektiven Blockadetechniken. Auf Diskussi-

onsveranstaltungen und in Delegiertenplena wurde die Strategie diskutiert und schließlich waren viele vorbereitet und vor allem entschlossen ihr Ziel, die praktische Delegitimierung des Gipfels durch Blockaden, in die Tat umzusetzen. Eine der am besten organisierten und klar verabredeten linken Aktionen der letzten Jahre stand in den Startlöchern.

Das erste Hindernis noch vor dem Aufbruch zur Überwindung der Polizeibarrieren waren die Debatten darüber, ob die Blockaden nach den Ereignissen der vergangenen Tage überhaupt stattfinden sollten. Vor allem Mitglieder der Attac-Koordinierung, vorher Befürworter der Block G8-Kampagne, wollten die Blockaden auf unbedeutende Straßen verlegen und damit auf rein symbolische Protestaktionen herabstufen. Glücklicherweise geschah dies nicht ohne den vehementen Protest vieler Attac-BasisaktivistInnen, die entschlossener und mutiger waren als ihre SprecherInnen und sich den Blockaden anschlossen. Letztlich sorgte die Attac-Basis zusammen mit den weiteren tausenden TeilnehmerInnen, dass die Staatsgewalt ziemlich alt aussah in dem Versuch, die ausströmenden Finger davon abzuhalten sich Meter um Meter den Nadelöhren in dem Heiligendammer Zaun zu nähern.

Die Stärke und Entschlossenheit lässt sich auf einige Koordinaten der Kampagne Block G8 zurückführen: Transparenz und Offenheit bei Planung und Durchführung der Aktion, die gemeinsamen Diskussionen über die Strategien und Hemmschwellen, eine verbindliche Einigung auf einen gemeinsamen Aktionshorizont, der die spektrenübergreifende Vorbereitung ermöglichte. Dies waren die Grundlagen dafür, dass weder die Einschüchterungsversuche in den Vortagen, noch die Wasserwerfer und knüppelnden Polizeikräfte auf den Straßen oder die Zweifelfinder den Erfolg von Block G8 verhindern konnten.

Was bleibt ist die Erfahrung, dass Radikalität in breiten Bündnissen und spektrenübergreifende Mobilisierungen möglich und nötig sind. Und das massenhafte Ungehorsam auch in Deutschland machbar ist. Es zeigt sich, wie wichtig transparente und verbindliche Absprachen sind, um sicherzustellen, dass sich tausende Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Bewegung, die vielfach unorganisiert und ohne Aktionserfahrung waren, zu einer kollektiven kraftvollen Aktion vereinen können.

### United or divided colors of resistance?

Nahezu 80.000 Menschen folgten den Aufrufen zur Großdemonstration nach Rostock. Die Demo war das Ereignis, zu dem die meisten Organisationen, Gruppen und politische Strömungen zusammenkamen, und dies fast gänzlich ohne die Unterstützung großer Apparate und Hauptamtlicher. Trotz der Breite des Zusammenschlusses konnten linksradikale Positionen artikuliert werden: In Redebeiträgen, Durchsagen der Demoleitung, der Mitgestaltung des Demo-Aufrufs wie auch bei der Aufstellung eigener Blöcke waren wir im Rahmen der Interventionistischen Linken (IL, [www.linke-intervention.org](http://www.linke-intervention.org)) involviert. Der von der IL organisierte „make capitalism history“-Block war sicherlich einer der größten Blöcke auf der Demonstration. Während die Euro-mayday-AktivistInnen, in Superhero-Kostümen oder als Überflüssige verkleidet gegen Kapitalismus, Prekarisierung und Rassismus demonstrierten, zogen es viele andere vor, im klassischen Dress gegen die herrschende Weltordnung zu demonstrieren. Die in weiten Teilen als Schwarzer Block auftretende Formation und die anschließenden Auseinandersetzungen mit der Polizei werden von einigen AktivistInnen als willkommener Kontrapunkt zu den nachfolgenden,

nicht auf Eskalation setzenden Protesten dargestellt. Es wird behauptet hier seien antagonistische Positionen der Radikalen Linken, die Kapitalismus und Dialog mit den Herrschenden ablehnen, am deutlichsten zu Tage getreten. Zwar stimmt es, dass militanter Protest weit davon entfernt ist, den Umrangungsstrategien aus Medien und Politik zu erliegen, dennoch stellt sich die Frage, ob die Unvereinbarkeit linksradikaler Positionen mit der herrschenden Ordnung sich nicht ebenso bei den Blockaden artikuliert, als sich tausende Menschen gut koordiniert und entschlossen und mehreren Polizeisperren trotzend, den Weg auf die Zufahrtsstraßen erkämpften. Und kann es nicht als ebenso antagonistisch bezeichnet werden, dass die TeilnehmerInnen der Demonstration für globale Bewegungsfreiheit nicht auf die unzähligen Polizei-Provokationen eingingen und damit den klaren Rahmen zum Schutz von anwesenden Flüchtlingen einhielten.

### Happy together?

„Der G8-Protest war ein großer Erfolg“ – eine Sichtweise, die nicht nur aus linker Perspektive existiert, sondern auch von Angela Merkel für sich beansprucht wird. Hat der Protest gar nichts gebracht und werden wir schlicht als das „demokratische Antlitz“, einer Bundesrepublik, die sich Widerspruch zur herrschenden Politik leisten kann, dargestellt? Natürlich gilt es zu recherchieren, an welchen Stellen der reibungslose Ablauf des Gipfels unterbrochen wurde und wo wir gestört haben: Die Delegationen wurden am ersten Gipfeltag angewiesen in die Hotels zu fahren, statt nach Heiligendamm, wie es eigentlich geplant war. Nur eine handvoll Journalisten wurde per Militärboot über den Seeweg in die Sicherheitszone gebracht und nur sie konnten über die Auftaktpressekonferenz berichten. Wir können festhalten, dass der Gipfelort landseitig die meiste Zeit abgeschlossen war und es mühsam einerseits und schwer möglich andererseits ist, herauszufinden, welche Behinderungen und Patzer im geplanten Ablauf tatsächlich stattfanden. Sicher ist nur, dass die Bilder eines belagerten und nicht reibungslos durchführbaren G8-Gipfels um die Welt gingen und dass die Treffen der G8 in den nächsten beiden Jahren auf Inseln abgehalten werden, dürfte mitunter auch ein Erfolg der Mobilisierung nach Heiligendamm sein.

Dass nun ebenso die Regierungsvertretungen der G8 von Erfolgen sprechen, sollte bei einer massiven medialen Inszenierung nicht überraschen. Für uns existieren unterschiedliche Gradmesser für den Erfolg: Blicken wir auf die Pluralität und Stärke des Protests, wie auch die vielen Fragen, die neu zu diskutieren sind, so blicken die VertreterInnen der Bundesregierung dagegen auf ihre mediale Darstellung der G8-Debatte. Außerdem zeichnen sich die Mechanismen der Macht dadurch aus, dass auf Protest reagiert werden kann und er beispielsweise (um-)gedeutet und / oder vereinnahmt wird. Denn: Widerstand und Macht existieren nicht unabhängig voneinander.

Ein gutes Beispiel dafür war der Gipfel(-protest) im schottischen Gleneagles 2005: Vertreter der britischen Regierung suchten an verschiedenen Stellen die Kooperation mit dem Protest-Bündnis und konnten – erleichtert durch das Fehlen linksradikaler Kräfte – in diesem Bündnis inhaltlich an Einfluss gewinnen. Medial vermittelt wurde ein Schulterschluss zwischen Regierung und Protest-Bündnis unter dem Motto: Gemeinsam gegen Armut.

Welche Mechanismen und Anforderungen an die armen Länder mit dem auf dem G8-Gipfel 2005 be-

schlossenen Programm zur Bekämpfung der Armut und dem Schuldenerlass verbunden waren, wurde nur selten kritisch aufbereitet. Grundsätzliche, fundamentale Kritik an der Ordnung der Welt tauchte, auch aufgrund einer relativen Isolierung der Radikalen Linken, so gut wie gar nicht auf. Auch der G8-Gipfel in Köln 1999 ist ein Beispiel für diese Vereinnahmung. Dort behauptete Gerhard Schröder, dass es Aufgabe der G8 sei der Globalisierung ein soziales Antlitz zu geben und versuchte damit kritischen Stimmen den Wind aus den Segeln zu nehmen, nicht zuletzt, um sich und die anderen G8-Vertreter zu legitimieren.

Doch Heiligendamm war anders: Auch wenn es Versuche gab, die Wirkung der Blockaden herunterzuspielen, so übermittelte gerade diese Aktionsform in den Medien und für die Menschen vor Ort die Botschaft einer deutlichen Absage an jegliche Verhandlungen mit den G8. Im wahrsten Sinne des Wortes verkörperten die tausenden von Menschen die fast zwei Tage auf den Straßen vor Heiligendamm ausharrten, das Begehren nach einem grundsätzlichen Bruch mit den herrschenden globalen Verhältnissen. Und auch der „make capitalism history-Block“ machte diesen Anspruch deutlich und war als der Teil der Großdemonstration nicht zu übersehen. Unversöhnlich kam auch der Aufruf zur Demonstration mit seiner klaren Absage gegen den globalen Krieg daher, und konnte damit von den Ranschmeißern an den globalisierungskritischen Protest wie der Bundesvorsitzenden der Grünen Claudia Roth nicht unterzeichnet werden.

### Vom Raps und Weizen lernen: Erneuerbare Energien für die Bewegung

Das G8-Gipfeltreffen nutzten die unterschiedlichsten Gruppen und Organisationen als Anlass, die globalisierungskritische Bewegung auch in Heiligendamm in Erscheinung treten zu lassen. Ereignisse wie diese sind immer nur ein Anfang, auch jetzt müssen wir wieder die Politisierungs- und Organisationsansätze aufgreifen und die positiven Erfahrungen von Heiligendamm, wie die massenhaften Aktionen des Ungehorsams, in unsere alltägliche Auseinandersetzung mit den Schlechtigkeiten dieser Welt hineinbringen. Seien es die Kämpfe gegen Prekarisierung oder Kampagnen gegen den Sicherheitsstaat, die Mobilisierungen gegen Nazi-Aufmärsche oder die Kämpfe gegen rassistische Abschiebelager oder die zahlreichen anderen Bereiche, in denen Linke für eine bessere Welt streiten. Jetzt da die Blockaden gegen die G8 noch unmittelbar präsent sind, können wir auf eine Art kollektives Gedächtnis zurückgreifen und die geteilten Erfahrungen nutzen, um sie anderer Stelle in modifizierter Weise wieder anzuwenden. Lassen sich die Blockadekonzepte auch auf Nazi-Aufmarsch-Blockaden anwenden? Lässt sich auch eine öffentlich kommunizierte Aktion des massenhaften Ungehorsams gegen prekäre Arbeitsverhältnisse oder rassistische Diskriminierung durchführen?

Auch wenn die Welt nach dem G8 keine andere geworden ist, ist ein Potential für Veränderung sichtbar geworden. Dieses kann unsere Handlungsspielräume erweitern und setzt neue Energien frei. Und genau deswegen ist es wichtig, dass wir uns für die Stunden in Heiligendamm als Gewinnerinnen und Gewinner fühlten und dieses in die weiteren Kämpfe tragen. Und wer diese Message auch auf dem Körper tragen möchte, kann sich bei uns melden. Denn T-Shirts gibt es auch noch.

# ■ Abschiebung aus Deutschland

## Menschenrechtsverletzung mit System

Die Abschiebung stellt eine Verletzung der Menschenrechte dar. Sie wird in Deutschland auf unterschiedliche Weise praktiziert und mit den Mitteln imperialer Praktiken durchgesetzt. Der/die Asylsuchende wird selbst dann in sein/ihr (vermeintliches) Herkunftsland abgeschoben, wenn seine/ihre Identität nicht eindeutig durch das Herkunftsland festgestellt werden konnte. Man kann in Deutschland drei Formen der Abschiebung unterscheiden:

### 1. Abschiebung von Personen mit nachgewiesener Identität

Diese Form der Abschiebung wird auf Menschen angewendet, die mit ihrer Bewerbung um Asyl einen Identitätsnachweis aus ihrem Herkunftsland erbracht haben (Personalausweis, Pass). Diese Menschen werden unverzüglich nach der häufig zweifelhaften Ablehnung ihres Asylantrags abgeschoben. Die deutsche Regierung interessiert sich nicht für die Situation, die diese Menschen in ihren Ländern erwartet.

### 2. Die so genannte freiwillige Abschiebung

Bei dieser Form der Abschiebung wird von der/dem Asylsuchenden verlangt, mit den deutschen Behörden zusammenzuarbeiten, um seine/ihre eigene Abschiebung zu erleichtern. Dies bedeutet, dass er/sie zur Botschaft seines Landes in Deutschland gehen muss, um einen Pass oder einen Passierschein zu beantragen - und dies, nachdem er/sie bei den deutschen Behörden bereits Papiere unterschrieben hat, die seine/ihre freiwillige Ausreise in sein Herkunftsland bekannt

geben. Die gesamte Prozedur findet unter der strengen Aufsicht und dem Druck der „Ausländerpolizei“ statt.

### 3. Abschiebung durch Interviews

Dies ist die letzte Erfindung der deutschen Behörden, die seit sechs Jahren angewandt wird, um ans Ziel ihrer ausländerfeindlichen und rassistischen Politik gegen die Asylsuchenden zu gelangen. Die Abschiebung durch Interviews ist die verhängnisvolle Waffe, die die deutschen Behörden (die Ausländerpolizei) nutzen, um Asylsuchenden von deutschem Territorium zu vertreiben, insofern die beiden ersten Formen der Abschiebung nicht hierzu führen konnten.

Diese Art der Abschiebung besteht darin, die Asylsuchenden die in Deutschland leben, durch eine - nennen wir es - „Delegation“ aus verschiedenen afrikanischen Ländern zu identifizieren. Der/die Asylsuchende wird von seiner/ihrer Ausländerbehörde vorgeladen, die ihm/ihr seine/ihre Duldung (Aufenthaltsstatus der Menschen denen die Abschiebung droht) entzieht und ihn/sie zwingt, sich der besagten Delegation vorzustellen, wo er/sie eine Befragung über Person und Herkunft erdulden muss. Zur Feststellung der Identität wird auch der Klang der Stimme oder das Aussehen herangezogen. Das Interview findet in einem deutschen Verwaltungsbüro statt und in einer beliebigen Stadt, die in keinem Zusammenhang mit dem Aufenthaltsort des/der Asylbewerbers/in steht. Während besagtem Interview - das sich auch noch ohne die Anwesenheit eines Anwaltes abspielt - wird der/die Asylsuchende durch die massive Präsenz der



deutschen Polizei und der Delegation traumatisiert.

Einige Asylsuchende, die solch ein Interview erleben mussten haben bezeugt, dass Mitglieder der Botschaften ihrer Herkunftsländer Teil der Delegation waren. Auf Nachfrage bestätigten die Botschaften der betroffenen Länder, dass die deutsche Regierung während ihrer Präsidentschaft der Europäischen Union ihre politische und ökonomische Macht gebraucht hat, um sie zu einer Zusammenarbeit für die Identifizierung der Staatsangehörigen ihrer Länder zu zwingen.

Hier wird koloniale Geschichte fortgeschrieben.

Die Ergebnisse der Interviews sind äußerst zweifelhaft. Immer wieder kommt es vor, dass Asylsuchende in Länder abgeschoben wurden, die nicht ihre Herkunftsländer sind und einige von ihnen haben dort sogar ihr Leben verloren. Wir finden dies skandalös für ein Land wie Deutschland, das behauptet Land der Menschenrechte zu sein. Die Behörden und die Politiker müssen wissen, dass diese Methoden illegal sind und gegen die Genfer Konventionen verstoßen.

## Schluss mit rassistischer und menschenverachtender Politik

Deutschland muss seine Einschüchterungs- und Ausgrenzungspolitik gegenüber den Asylsuchenden beenden. Dies beinhaltet die Abschaffung:

- » der Residenzpflicht
- » der Wertgutscheine für Asylsuchende
- » der Unterbringung in Lagern (in Wäldern oder neben Industriegebieten oder in alten Kasernen der DDR)
- » rassistischer Polizeikontrollen gegen alle die nicht als deutsch angesehen werden
- » des Arbeitsverbots für die Asylsuchende

Wir verurteilen diese rassistischen Praktiken, die die Asylsuchenden erniedrigt und sie erneut in eine Situation bringt, in der sie mit ihren Verfolgern von gestern (den Machthabern der Herkunftsländer) und ihren alltäglichen Verfolgern (den deutschen Machthabern) konfrontiert werden. Ein Mensch kann nicht anhand seiner Nasenlänge, dem Klang seiner Stimme, seiner Körperfülle oder -größe identifiziert werden.

Diese Form der Abschiebung in Zusammenarbeit mit den Behörden der Herkunftsländer der Asylsuchenden ist die Bestätigung dafür, dass Deutschland die Diktaturen der Welt unterstützt.

Wir denken, dass jeder Mensch die Freiheit haben muss zu entscheiden, wo er bleiben möchte und sich frei bewegen können muss.

**Gemeinsam gegen Staats- und Alltagsrassismus!**

# ■ Grenzen einer Mobilisierung?

## Der diesjährige Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess ist nicht ganz sang- und klanglos an uns vorbeigezogen, aber fast.

Der zentrale Hess-Marsch, der in den letzten Jahren tausende Nazis an dessen Grab im fränkischen Wunsiedel pilgern ließ, war wieder verboten, rechte Ersatzveranstaltungen fanden u. a. in Jena, Friedrichshafen und im thüringischen Gräfenberg statt. Insgesamt haben die Nazis zum zwanzigsten Todestag ihres „Friedensfliegers“ und Märtyrers Hess jedoch wenig auf die Kette bekommen. Die Bedeutung dieses zentralen Datums - des Todestages - scheint so eng mit dem Ort Wunsiedel verknüpft, dass die rechte Mobilisierung nicht in dem Maße funktioniert wie noch vor drei Jahren, als fast 5000 Nazis aus ganz Europa in Wunsiedel marschiert sind.

So weit so gut. Aber auch die Mobilisierung der Antifa ließ zum 18. August zu wünschen übrig. Wir waren mit ein paar Leuten in Jena und haben gegen die Nazis protestiert. Mehr als am Aufmarsch entlangzugehen und rufen war nicht drin. Für einen ernst zu nehmenden Blockadeversuch waren einfach zu wenig Leute da. Zwar hatte die Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen!“ wieder mobilisiert, jedoch sind dem Ruf nicht viele gefolgt.

### NS-stoppen

FelS ist seit Anfang 2005 in der bundesweiten Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen!“ und deren regionalem Ableger in Berlin/Brandenburg organisiert. Dieser Zusammenschluss verschiedener Antifagruppen gründete sich im Jahr 2004. Den 5000 Nazis in Wunsiedel standen damals gerade mal 300 Antifas gegenüber. Der antifaschistische Protest war verschwindend gering und allerorten wurde Handlungsbedarf gesehen. Der Krise der Antifabewegung wollte (und will) die Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen!“ konstruktive Kritik und ein politisches Konzept entgegenzusetzen, zu dem

jenseits von Feuerwehrpolitik und ritualisierten Aktionsformen inhaltliche Kundgebungen und Aktionen gehören. Mit den Kundgebungen, Halbe und im letzten Jahr auch Seelow ist uns das gelungen. In Halbe, wo vor der Befreiung Berlins die letzte große Schlacht des zweiten Weltkriegs stattfand, halten alte und neue Nazis jährlich ein „Heldengedenken“ ab. Über 24000 Wehrmachtssoldaten, SS-Angehörige und auch Zivilisten liegen dort begraben. Nach Seelow waren die Rechten im Jahr 2006 ausgewichen, als der Aufmarsch in Halbe verboten war.

Auch die Demo in Wunsiedel im Jahr 2005 war ein Erfolg. Der „Hessmarsch“ war erstmals nach den 1990er Jahren wieder verboten. „NS-Verherrlichung stoppen!“ mobilisierte dennoch zentral ins Fichtelgebirge und über 2000 Antifas aus der ganzen BRD kamen. 2006 war der rechte Aufmarsch erneut gerichtlich untersagt und die Kampagne entschied sich gegen eine zentrale Mobilisierung. Nach ihrer Einschätzung könne man an den Erfolg des Vorjahres nicht anknüpfen. Außerdem waren wieder Naziaufmärsche in verschiedenen Städten angemeldet. Deshalb entschied sich die Kampagne zu dezentraler Mobilisierung und war mit Leuten und Transparenten in Jena und Berlin präsent.

Die Mobilisierungen nach Halbe liefen nach unserer Einschätzung jedoch schlecht. Die Misserfolge vor 2005 waren größtenteils einem rigiden Vorgehen der Polizei geschuldet und nicht der Organisation der damals daran beteiligten Gruppen. 2004 sackte die Polizei noch in Berlin die bereitstehenden Busse ein. Etliche Antifas kamen nicht nur Stunden später als geplant in Halbe an, sondern mussten auch den restlichen Tag in einem Polizeikäfig zubringen. Spätestens seitdem gilt Halbe für das Gros der Berliner Antifaszene als erledigt. „Da geht

nix“ - und frustrierend ist es obendrein. Diese Einschätzung ist nicht ganz falsch, zumal in den Folgejahren trotz verstärkter Mobilisierungsarbeit nur sehr wenige Antifas kamen.

Jedoch ist genau dieses Wegbleiben vieler Antifas mit ein Grund dafür, warum es „NS-Verherrlichung stoppen!“ gibt. Antifa kann nicht nur erfolgreich sein, wenn „was geht“, wenn also die ewiggleichen ritualisierten Bundesjugendspiele versprochen werden können. Dazu haben wir in den vergangenen Jahren in der arranca! einiges gesagt. Antifa heißt eben auch, Bündnisarbeit und Aktionen zu organisieren, die vermeintlich langweilig und wenig Action-versprechend sind. Die Erfahrung mussten wir in der Auseinandersetzung mit den „bürgerlichen“ Bündnissen in Wunsiedel und auch Halbe machen, wo wir nicht immer gerne gesehen werden.

Das Problem mit den Mobilisierungen nach Wunsiedel ist jedoch auch an anderer Stelle zu suchen. Weil es in den letzten Jahren in der Regel bis zwei Tage vor den geplanten Aufmärschen unklar blieb, ob die Nazis laufen dürfen oder nicht, war die Mobilisierung schwierig. Wie soll man jemand dazu bringen, Bustickets zu kaufen, wenn nicht klar ist, wohin die Busse fahren und ob überhaupt? Besonders für Berlin kam dazu, dass im Jahr 2005, als drei Busse voll Antifas nach Wunsiedel unterwegs waren, fast 1000 Nazis nahezu ungestört durch Berlin latschen konnten. Bei einem so großen Aufmarsch vor der eigenen Haustür ist nur schwierig politisch zu vermitteln, warum man mitten in der Nacht aufstehen und sich in einen Bus setzen soll, um dann sonstwo ohne Nazis gegen Nazis zu demonstrieren. Darin lag einer der Gründe, warum die Kampagne im Jahr 2006 beschloss, die zentrale Mobilisierung abzusagen.



In diesem Jahr gab es dann wieder eine zentrale Mobilisierung. Die Wahl fiel auf Jena, weil nach Einschätzung der Kampagne dort der größte Ersatz-Aufmarsch für Wunsiedel stattfinden würde. Der Bundesvorstand der NPD hatte sich neben freien Kameradschaften in den Aufmarsch in Jena eingeklinkt. Zudem war unsere Einschätzung, dass in Berlin von Naziseite aus nichts Nennenswertes mehr passieren würde. Lediglich 23 Leute sind auf antifaschistischer Seite aus Berlin nach Jena gefahren. Dort gab es ein unserer Meinung nach ein sehr gute Vorbereitung, breite Infrastruktur und ein tragfähiges Blockadekonzept. Gescheitert ist das Ganze an mangelnder Beteiligung.

### Grenzen der Kampagne oder Abgesang?

Vielleicht ist „NS-Verherrlichung stoppen!“ ein Label, das niemanden anzieht. Oder die Antifabewegung ist nach wie vor in einer Krise, die darin zum Ausdruck kommt, dass niemand mehr für breite politische Mobilisierungen hinter dem Ofen hervor zu locken ist und sich alles um die eigene Aktion oder Soliparty dreht. An vermeintlich langweiligen Kundgebungen mit Reden und

vielleicht einem Blockadeversuch will niemand teilnehmen bzw. die Kosten einer längeren Anreise dafür in Kauf nehmen, oder?

Das Konzept von „NS-Verherrlichung stoppen!“ muss überdacht werden. Wir können nicht (selbst)kritiklos daran festhalten und dann greifen, wenn keine/r kommt, sondern müssen vielmehr neu denken, wie wir den Spagat zwischen politischer Kundgebung und Action, zwischen direkter Aktion gegen Nazis und Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen schaffen können - wenn es überhaupt ein Spagat ist.

Für Anfang Dezember bereiten wir einen antifaschistischen Ratschlag vor, auf dem wir zunächst mit einigen Gruppen unsere Kritik diskutieren und auf den Punkt bringen wollen. Das Ganze soll in einen bundesweiten Antifa-Kongress 2008 münden. Vielleicht können wir es so schaffen, die verschiedenen Konzepte zusammenzubringen und gemeinsam wieder eine wirksame Antifabewegung auf die Beine zu stellen.

**FelS-AG Antifaschismus**